

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz im Bundestag verabschiedet

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz reduzieren wir die falschen Anreizfaktoren sehr deutlich: Asylbewerber müssen länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen wohnen, es gibt kaum noch Bargeld und wir bekommen drei neue sichere Herkunftsstaaten: Albanien, Kosovo und Montenegro. Damit sind alle Westbalkanländer als sicher eingestuft.

Die Union hat lange Zeit für diesen wichtigen Schritt gekämpft. Wir hätten ihn besser früher als heute getan, denn in diesem Jahr werden wir weit über 120.000 Asylbewerber aus den Balkanstaaten verzeichnen. Gegen den Widerstand der Grünen, deren Zustimmung wir im Bundesrat brauchen, war jedoch in dieser Frage bislang nichts zu machen.

Wer offensichtlich keinen Schutz braucht und gleichwohl einen Antrag auf Asyl stellt, hat in Deutschland nichts zu erwarten, außer der Abschiebung nach einem Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung.

Der Bund wird die Abschiebungen durch die Bundespolizei umfassend unterstützen, doch es sind die Länder, die hier zuständig sind und die in der Pflicht stehen. Gerade in den von Rot-Grün regierten gibt es bei den Abschiebungen noch viel Luft nach oben: 50.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern standen in diesem Jahr bislang erst rund 10.000 Abschiebungen gegenüber. Bei uns in NRW stehen momentan rund 12.000 abgelehnte Asylbewerber unter keinerlei Abschiebeschutz und sind eigentlich zur sofortigen Ausreise verpflichtet.

Gesetzlich regeln wir mit den Beschlüssen, dass Abschiebungen durch die Länder künftig nicht mehr sechs, sondern nur noch drei Monate ausgesetzt werden dürfen. Insbesondere ergeht auch ein Verbot der Ankündigung der Abschiebung, mit dem verhindert werden soll, dass abgelehnte Asylbewerber untertauchen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!



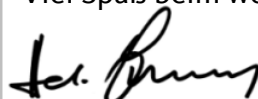
Ohne Frage sind die momentanen Flüchtlingsströme in unser Land etwas, das sich noch vor Kurzem kaum jemand vorstellen konnte. Wir haben sie uns nicht gewünscht, aber nun ist sie eine Tatsache. Die Not der Kommunen, der Landkreise und Städte, ist uns allen bewusst. Es macht keinen Sinn, als Politiker die Probleme nur zu beklagen. Es ist unsere Aufgabe und die Stärke der Union, sich diesen Problemen nüchtern und bestimmt zu widmen – und sie zu lösen. Daran arbeiten alle Verantwortlichen – die Bundeskanzlerin vorneweg – mit Hochdruck. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten gerade von uns als CDU, dass wir die Dinge bis zu Ende denken, Lösungsansätze intern besprechen und dann gute Lösungen präsentieren und auch durchsetzen.

In dieser Woche haben wir mit der Verabschiedung des sogenannten Asylgesetzpakets einen wichtigen Schritt gemacht. Vor einigen Monaten wäre es nicht möglich gewesen, eine solche umfassende Reform des Asylrechts im Konsens mit den Ländern und mit der SPD zu realisieren. Wir reduzieren Fehlanreize und ergreifen Maßnahmen zur Reduzierung der hohen Bewerberzahl vom Balkan. Den tatsächlich Verfolgten helfen wir, indem wir Länder und Kommunen milliardenschwer unterstützen und Mittel für ihre Integration erhöhen.

Auch über das Gesetzespaket hinaus arbeiten wir an einer Ordnung der Lage. Allein in Deutschland geht das aber nicht! Wir brauchen Europa und die Türkei.

Wie schon zu Zeiten des Bürgerkrieges in Jugoslawien, als Deutschland hunderttausende Flüchtlinge vorübergehend aufnahm, so ist unser Land auch heute ein Zufluchtsort. Wie vor 20 Jahren liegt der Grund der Flucht außerhalb unseres Landes und unserer Entscheidung. Wie damals liegt es an uns, mit Augenmaß auf diese Entwicklung zu reagieren mit dem Ziel, den Zuzug zu reduzieren.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

TTIP bringt Vorteile – Chancen nutzen, Vorurteile abbauen

Die öffentliche Debatte um die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika ebbt nicht ab und hat am vergangenen Wochenende viele Menschen auf die Straße getrieben. Leider bedienen die Gegner des Abkommens vor allen Dingen Ängste und Emotionen. Gerade die vielzitierten sogenannten Chlorhühnchen sind ein gutes Beispiel für die teilweise fehlgeleitete öffentliche Debatte.

Dabei bringt TTIP laut der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – basierend auf den Daten des ifo Instituts – viele Vorteile für Deutschland: So profitieren von der Vereinheitlichung aller Standards und Regulierungen vor allem kleine und mittlere Unternehmen, für die 42 Prozent höhere Marktchancen prognostiziert werden. Schon heute hängen 60.000 deutsche Arbeitsplätze von US-Exporten ab. Selbst unter pessimistischen Annahmen sagt das ifo Institut hier einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in Deutschland und der EU voraus. Auch die europäischen Landwirte können nach Schätzungen 60 Prozent mehr Produkte in den USA absetzen, wenn die Zölle durch das Freihandelsabkommen auf null gesetzt und die weiteren Handelsbarrieren um 25 Prozent gesenkt werden.

Gegner des Abkommens argumentieren häufig, dass dieser Zuwachs an Wohlstand auf Kosten unserer hohen Schutzstandards generiert wird. Das ist falsch, das bestehende hohe europäische Schutzniveau in verschiedenen Bereichen steht nicht zur Disposition. Die EU wird keines ihrer Gesetze zum Schutz von Menschen, Tieren oder der Umwelt aufheben. Dafür setzt sich auch die Bundesregierung ein. Die Gesundheit der EU-Bevölkerung und der notwendige Umweltschutz sind nicht verhandelbar. Dies sollte uns aber nicht vom Ziel abbringen, Handel und Investitionen transatlantisch möglichst weitgehend zu erleichtern und unnötige Hemmnisse, wie etwa doppelte Zulassungs- und Zertifizierungsverfahren, abzuschaffen.



Bild: picture alliance/APA/picturedesk.com

Grundsätzlich ist anzumerken, dass in den USA zwar viele Standards anders sind, aber deshalb noch kein geringeres Schutzniveau aufweisen. In vielen Bereichen besteht in den USA sogar ein höheres Schutzniveau als in Europa. Beispiele sind die Grenzwerte für Benzol in Benzin, für Pestizide in Fruchtsäften oder die Quecksilberemissionswerte in Kohlekraftwerken. Auch die Vorgaben und Tests für das Inverkehrbringen neuer Medikamente sind in den USA aufwändiger als in Europa.

Auslaufen der Milchquote – Wettbewerbsfähigkeit sichern

Wir haben in der vergangenen Woche die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses zu unserem Antrag, der den Ausstieg aus dem europäischen Milchquotensystem als konsequente Fortsetzung einer Politik hin zu einer am Markt ausgerichteten selbstverantwortlichen und wettbewerbsfähigen Milchwirtschaft begrüßt, beraten. Diese Politik ermöglicht unternehmerische Entscheidungsfreiheit und bietet durch die weltweit steigende Nachfrage nach Milchprodukten große Chancen für die qualitativ hochwertigen Produkte der deutschen Milchwirtschaft. Gleichzeitig sehen wir die damit einhergehende Herausforderung stark schwankender Milchpreise für einzelne Milchviehhalter. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, an ihrem Kurs festzuhalten, die Halter mit geeigneten Maßnahmen bei der Anpassung an die neuen Marktbedingungen zu unterstützen.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 17/15 16. Oktober 2015

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)